

# **EUROPÄISCHER BRIEF VOM 16.06.2010**

von Mag. Herbert Vytiska

Der Lissabon-Vertrag ist mehr als nur eine Chance für Europa

# **LETTRE EUROPÉENNE DU 16.06.2010**

par Herbert Vytiska

Le Traité de Lisbonne – plus qu’une chance pour l’Europe

# **EUROPEAN LETTER OF THE 16.06.2010**

by Herbert Vytiska

The Lisbon Treaty is more than just an “opportunity” for Europe



ASSURER LE PROJET EUROPE – DAS PROJEKT EUROPA SICHERN – GUARANTEE THE PROJECT EUROPE

KOMMENTARE AN – COMMENTAIRE Á – COMMENTS TO

**EUROPEAN-SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI**

Lichtenfelsgasse 7, A-1010 Wien, Tel +43-1-40126-361, Fax +32-1-40126-369

[office@european-society-coudenhove-kalergi.org](mailto:office@european-society-coudenhove-kalergi.org)

## EUROPÄISCHER BRIEF DER EG-CK – EUROPA-GESELLSCHAFT COUDENHOVE-KALERGI

Die "Europäischen Briefe" werden von der Coudenhove-Kalergi Gesellschaft herausgegeben, die in Erinnerung an den Gründer der Paneuropa-Bewegung geschaffen worden ist. Sie erscheinen fallweise mit Beiträgen engagierter Europäer und Europäerinnen, die in Sorge um die Zukunft des Projektes Europa alles versuchen möchten, um dessen erfolgreiche Weiterentwicklung zu sichern. In einem offenen, konstruktiv-kritischen Dialog sollen die Hoffnungen und Chancen, die Zielsetzungen und Institutionen eines in vielgestaltiger Einheit verbundenen Kontinents in den Hirnen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger Europas immer fester verankert werden.

Richard Coudenhove-Kalergi, Sohn eines Diplomaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und seiner japanischen Frau, hat bald nach Ende des Ersten Weltkriegs als Gegengewicht zu den totalitären Versuchungen von Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus die Idee eines vereinten Europas entwickelt, 1923 die Paneuropa-Union gegründet und mit seinen Initiativen maßgeblich zur Schaffung des Europa-Rates 1949 beigetragen. Heute ist die Europäische Union die politische und wirtschaftliche Verwirklichung des europäischen Friedensprojektes, das in einer Welt neuer Herausforderungen und Bedrohungen mit den Anstrengungen der Besten unseres Kontinents weiter entfaltet und vertieft werden muss. Nichts und niemand soll eine erfolgreiche Fortführung dieses Werkes ernsthaft gefährden dürfen.

Die 1978 mit dem Sitz in Genf gegründete Coudenhove-Kalergi-Stiftung wurde formell in die Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi umgewandelt und will durch Publikationen, Studienprojekte und Förderungspreise einen Beitrag zur Sicherung dieses Vorhabens leisten.

*Dr. Alois Mock, Vizekanzler a.D. und Außenminister a.D.  
Präsident der Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi*

### **Der Lissabon-Vertrag ist mehr als nur eine Chance für Europa**

*Mag. Herbert Vytiska, Publizist und Politikberater*

1979 bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament, damals bildeten erst neun Staaten die Europäische Gemeinschaft, betrug die Wahlbeteiligung noch stattliche 61,99 Prozent. Im vergangenen Jahr war die Europäische Union auf mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten angewachsen, die Wahlbeteiligung aber europaweit auf schwächliche 43,39 Prozent gesunken. Eine rühmliche Ausnahme bildete Österreich, wo – die Folge einer sehr extensiven Vorzugsstimmenkampagne – die Wahlbeteiligung sogar gegenüber 2004 gestiegen war. Der Rückgang der Wahlbeteiligung im europäischen Durchschnitt, der nicht nur das Voting für das Europäische Parlament betrifft sondern auch bei den Wahlgängen in den verschiedenen nationalen Parlamenten und regionalen Gemeindestuben feststellbar ist, könnte auch als eine Art Ermüdungserscheinung im demokratischen Leben interpretiert werden.

Wenn man auch noch die Ergebnisse der jüngsten Eurobarometer-Umfrage analysiert, so zeigt sich zwar ein Trend dahingehend, dass die Zustimmung zur EU stetig zunimmt, dass aber gleichzeitig diese EU gar nicht als das große Friedenswerk, schon gar nicht als eine ideologische Bastion in dieser Welt empfunden wird, sondern von vielen Menschen als vor allem sehr praktisch gesehen wird. Dass in vielen Ländern nur noch eine Währung besteht, nämlich der Euro, ist zugegebenermaßen sehr bequem. Dass innerhalb der EU eine Reise- und Niederlassungsfreiheit besteht, ebenso. Ist Europa aber nicht mehr?

In vielen Bereichen des öffentlichen Lebens spürt man ein gewisses Desinteresse an der Politik, was sicher auch damit zusammenhängt, dass große Visionen fehlen, dass Politik sehr sprunghaft ist, oft den Eindruck erweckt, dass nur noch mit dem Blick auf die aktuellen Meinungsumfragen, die Stimmung unter der Bevölkerung agiert und reagiert wird - und dass es auch an den großen Persönlichkeiten in der Politik mangelt.

Keine Frage und das ist eine alte Binsenweisheit, die Demokratie mag vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss sein, aber es gibt dazu keine Alternative. Oder noch anders gesagt, hat man sich in Europa nicht schon zu sehr an die Demokratie gewöhnt? Bestimmt nicht ein Vorurteil diese fast schon destruktive Einstellung, nämlich dass sich „die da oben“ (gemeint sind die Regierungspolitiker) alles untereinander ausmachen und über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden?

75 Prozent der Gesetze, die heute das Leben der Bürger in Europa betreffen, werden mittlerweile bereits in Brüssel bzw. Straßburg beschlossen. Das ist ein gewaltiger Eingriff in das tägliche Leben, dessen man sich bewusst sein muss. Mehr noch, es ist, ja sollte geradezu eine Aufforderung sein, das nicht nur geschehen und über sich ergehen zu lassen. In einer funktionierenden Demokratie hat nämlich der Wähler sehr wohl die Möglichkeit, sich sowohl gegen politische Entwicklungen zu wehren, als auch diese zu unterstützen. Und zwar schon allein durch seine Stimmabgabe, mit der er eine gewisse Politik belohnen aber auch bestrafen kann.

Die Entwicklung auf dem Gebiet der Kommunikation und Information hat nicht nur den Ereignisablauf schneller und transparenter gemacht, sondern auch völlig neue Mittel und Wege eröffnet, Politik auf eine breite Basis zu stellen, neue Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu bieten. Was nichts daran ändert, dass am Schluss klare Entscheidungsabläufe stehen und auch Autoritäten bestehen müssen, die die Verantwortung für die Letztentscheidung auf sich nehmen.

Der so genannte mit 1. Dezember 2009 in Kraft getretene „Lissabon-Vertrag“ ist, wenn man es genau nimmt, noch nicht wirklich bei den Bürgern angekommen. Was weiß eigentlich der durchschnittliche EU-Bürger von diesem Vertrag? Es wäre gut, wüsste er mehr von den Chancen und Möglichkeiten, die dieser „Lissabon-Vertrag“ bringt. Genau genommen bedeutet er einen gewaltigen „Demokratisierungs“-Schub. Denn das Parlament bekommt ein stärkeres Mitspracherecht im Rechtsetzungsprozess, es soll sogar die Möglichkeit erhalten, einen Misstrauensantrag gegen einen Kommissar stellen zu können - und die Bürger können durch ein neues Petitionsverfahren, direkten Einfluss auf die EU-Politik nehmen. Kurzum, die EU rückt – endlich – näher zum Bürger.

Der „Lissabon-Vertrag“ führt dazu, dass im Rahmen des Meinungs- und Entscheidungsprozesses Kommission, Rat und Parlament nicht nur gleichgestellt sind und auf gleicher Augenhöhe agieren, sondern dass es ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments keine Zustimmung für die Kommission gibt. Dementsprechend war die Hearing-Runde, bei der sich die neuen Kommissare den kritischen Fragen der EU-Parlamentarier stellen mussten, bereits ein Ausdruck der neuen Stärke des Europäischen Parlaments. Noch wurde die Debatte aber zu sehr von nationalen und parteipolitischen Sichtweisen beeinflusst. Wie auch immer, der Anfang ist gemacht. Und diese Bewusstseinsbildung eines neuen Selbstverständnisses wird sich weiter fortsetzen und nicht nur auf das Parlament in Brüssel bzw. Straßburg beschränken. Künftighin wird sich die Debatte über die Nominierung der Kommissare von allem Anfang an auf einer breiteren Basis abspielen, es werden mehr Kandidaten zur Auswahl stehen und es wird schon zu Beginn auch zu Hearings im Parlament des jeweiligen Landes kommen. Fest steht, dass allein durch das Hearing-Verfahren auf europäischer Ebene mehr Öffentlichkeit und Transparenz geschaffen wurde und dies gilt es künftig auch durch Hearings auf nationaler Ebene auszubauen.

Das ist aber nur ein Schritt, ein weiterer wird und muss es sein, die Bürger in den Meinungs- und Willensbildungsprozess verstärkt mit einzubinden. Damit wird das

Interesse, an konkreten politischen Entscheidungen mitzuwirken, sich persönlich mit seinen Ideen und Vorstellungen in die Debatte einzubringen nicht nur kurzfristig gestärkt, sondern es wird ein Tor geöffnet, nachhaltiges politisches Interesse zu wecken. Das wiederum könnte sich vielleicht sogar wieder in höheren Wahlbeteiligungen niederschlagen und auch dazu führen, dass man sich ernsthaft darüber Gedanken macht, was Europa wirklich ist und sein soll.

In diesem Sinne ist das vom Vizepräsidenten der EVP, Othmar Karas, in Österreich gegründete überparteiliche „Bürgerforum Europa 2020“ ein Projekt, das über die Grenzen Österreichs hinaus Interesse und Nachahmer finden sollte. Ist es doch ein Angebot, die Bereitschaft zum Dialog, zum persönlichen Engagement zu motivieren und zu aktivieren, alle konstruktiven Kräfte zu mobilisieren, um am gemeinsamen Haus Europa mitzubauen – und nicht nur wie bei der Muppet-Show aus einer Loge den anderen bei der Arbeit zuzusehen.

Den „Lissabon-Vertrag“ mit Leben zu erfüllen, heißt, der Idee Europa neue Inhalte und interessante Ziele zu geben. Und, nochmals gesagt, die EU näher zum Bürger zu bringen.

## LETTRE EUROPÉENNE DE LA SE-CK – SOCIÉTÉ EUROPÉENNE COUDENHOVE-KALERGI

Les "Lettres Européennes" sont éditées par la Société Coudenhove-Kalergi qui a été constituée en mémoire du fondateur du Mouvement paneuropéen. Elles comportent le cas échéant les contributions d'Européennes et d'Européens engagés qui, soucieux de l'avenir du projet européen, souhaitent mettre tout en œuvre afin de consolider avec succès son développement ultérieur. C'est à travers un dialogue ouvert, à la fois critique et constructif, que les espérances et les chances, les buts et les institutions d'un continent dont l'unité résulte de sa diversité devraient s'ancrer toujours plus fortement dans l'esprit et le cœur des citoyennes et des citoyens de l'Europe.

Richard Coudenhove-Kalergi, fils d'un diplomate de la monarchie austro-hongroise et de son épouse Japonaise, a développé dès la fin de la première guerre mondiale le projet d'une Europe unie comme contrepoids aux tentatives totalitaires du fascisme, du national-socialisme et du communisme. Il a créé l'Union paneuropéenne en 1923 et ses initiatives ont contribué de manière déterminante à la constitution du Conseil de l'Europe en 1949. Aujourd'hui, l'Union européenne est la concrétisation politique et économique du projet de paix européen. Dans un monde où se profilent de nouvelles provocations et de nouvelles menaces, ce projet doit être davantage développé et approfondi grâce aux efforts des élites de notre continent. Rien ni personne ne doit pouvoir sérieusement mettre en danger la poursuite de cette œuvre couronnée de succès.

La Société Européenne Coudenhove-Kalergi, créée comme Fondation en 1978, veut contribuer à la consolidation de ce dessein au moyen de publications, de projets d'études et par la remise de prix.

*Alois Mock, ancien Vice-Chancelier et ancien Ministre des Affaires étrangères.  
Président de la Société Européenne Coudenhove-Kalergi*

### **Le Traité de Lisbonne – plus qu'une chance pour l'Europe**

*Herbert Vytiska, Publiciste et Conseiller politique*

Lors des premières élections au Parlement européen en 1979, quand neuf États formaient la Communauté européenne, la participation électorale a atteint le taux imposant de 61,99%. L'année passée l'Union européenne, élargie à 27 membres, a vu tomber la participation électorale à un taux faible de 43,39%. L'Autriche y forme une exception louable, car la participation a monté même par comparaison à 2004 grâce à une campagne extensive de vote préférentiel. Or la baisse de la participation électorale constatée pour la moyenne européenne, non seulement au niveau des élections au Parlement européen mais aussi au niveau des élections nationales et régionales, évoque une espèce de fatigue de la vie démocratique.

L'analyse des résultats des sondages récents faits par Eurobaromètre montre une croissance nette du consentement envers l'Union européenne, tandis que cette même Union n'est pas vue comme le grand espace de la paix, et surtout pas comme une bastion idéologique dans le monde mais plutôt sous des aspects pratiques. Les citoyens apprécient en effet le confort d'une monnaie unique, à savoir l'Euro, dans beaucoup de pays. Ils estiment autant la liberté de voyager et celle de l'établissement. Mais l'Europe, ne va-t-elle pas plus loin que ça?

Dans de nombreux domaines de la vie politique on constate un certain désintérêt politique, ce qui s'explique aussi par l'absence de grandes visions, par la versatilité de la politique qui crée souvent l'impression qu'elle agit et réagit uniquement par rapport aux sondages actuels et à l'opinion publique – et aussi par l'absence de grandes personnalités politiques.

C'est un truisme de dire que la démocratie n'est pas une panacée, étant « le pire des systèmes à l'exception des autres », mais il n'y a pas d'alternatives. Autrement dit, est-on trop habitué à la démocratie ? Cette attitude presque destructrice n'est-elle pas déterminée par le préjugé que « ceux qui sont aux commandes » (les hommes politiques) magouillent et prennent leur décisions sans égard aux citoyens ?

75% des lois qui règlent la vie des citoyens européens sont adoptées soit à Bruxelles soit à Strasbourg. Il faut se rendre compte de la dimension énorme de ces interventions dans la vie quotidienne. D'autant plus il faut y voir une invitation à ne pas supporter passivement les conséquences de ce développement. Dans une démocratie intacte l'électeur a tout à fait les moyens pour résister à certains développements politiques, mais aussi pour les soutenir. Par son vote déjà il peut honorer ou sanctionner la politique.

Les développements dans le domaine de la communication et de l'information n'ont pas seulement accéléré la suite des événements mais ils ont aussi donné accès à de nouveaux moyens pour rétablir la politique sur une base élargie en offrant de nouvelles possibilités de co-décision et de participation. Or, en fin de compte ce sont toujours des structures de décision claires qu'il faut, et des autorités constantes qui assument la responsabilité pour les décisions finales.

Le « Traité de Lisbonne » qui est entré en vigueur le 1<sup>er</sup> décembre 2009, n'est pas encore arrivé dans la vie des citoyens. Que savent-ils de ce Traité ? On souhaite que les chances et les possibilités qu'il offre soient mieux connues. En effet ce Traité a initié une profonde démocratisation grâce au pouvoir accru du Parlement européen concernant la procédure de codécision pour les actes législatifs ; il prévoit même la possibilité de déposer une motion de censure contre un commissaire – et les citoyens peuvent mieux et plus directement se faire entendre par un nouveau droit d'initiative. Enfin - l'UE se rapproche du citoyen.

Le « Traité de Lisbonne » place le Parlement européen sur un pied d'égalité avec le Conseil et la Commission, et la procédure étendue de codécision assure que le consentement du Parlement est exigé pour tous les accords. Le pouvoir accru du Parlement européen est devenu visible déjà lors des auditions des nouveaux commissaires qui devaient répondre aux questions des parlementaires. Pourtant le débat y était encore trop influencé par les intérêts nationaux et par la politique des partis. Quoi qu'il en soit, les premiers pas sont faits. Désormais le débat autour de la nomination des commissaires aura lieu sur une base plus élargie et comprendra des auditions aux parlements nationaux respectifs dès le début. En tout cas la méthode des auditions a augmenté l'intérêt public et la transparence au niveau européen, et elle s'impose désormais pour les auditions au niveau national aussi.

Ce premier pas fait, le deuxième sera d'assurer une meilleure participation des citoyens dans la formation d'opinions et la prise de décisions. En conséquence l'intérêt de participer à des décisions politiques concrètes, de contribuer au débat par des idées et des positions, augmentera et en même temps ouvrira une voie pour éveiller un intérêt politique durable. Ceci pourrait se traduire même par une participation électorale élevée et des réflexions sérieuses sur ce que c'est l'Europe, et comme nous la voulons.

Dans ce contexte le « Forum civique Europe 2020 » fondé par le Vice Président du Groupe du PPE Othmar Karas est un projet qui devrait susciter l'intérêt et des imitations au-delà des frontières autrichiennes, vu qu'il est une offre de dialogue, de motivation à contribuer personnellement et activement, de mobiliser toutes les forces constructives

pour construire l'Europe ensemble – au lieu de regarder les autres travailler comme les vieux 'muppets' dans leur loge.

Animer le Traité de Lisbonne, ca veut dire apporter de nouveaux contenus à l'idée européenne et définir des buts intéressants. Et, comme déjà dit plus haut, rapprocher l'Union européenne du citoyen.

## EUROPEAN LETTERS OF THE ES-CK – EUROPEAN SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

The "European Letters" are published by the Coudenhove-Kalergi Society, which was established in memory of the founder of the Paneuropa movement. They appear on an ad hoc basis with contributions written by dedicated Europeans who are committed to ensuring the successful future development of the European project. The hopes and opportunities, the goals and institutions of a continent united in its diversity shall be increasingly anchored in the minds and hearts of the European citizens by an open, constructively critical dialogue.

Richard Coudenhove-Kalergi, son of a diplomat of the Austro-Hungarian Monarchy and his Japanese wife, developed soon after World War I the idea of a united Europe as a counterbalance to the totalitarian temptations of fascism, National Socialism and communism. He founded the Paneuropa-Union in 1923 and contributed decisively to the founding of the Council of Europe in 1949. Today the political and economic realisation of the European peace project, which needs to be developed and deepened in a world of new challenges and threats through the efforts of the best of our continent, is with the European Union. Nothing and no one shall endanger the successful continuation and development of this project.

The European Society Coudenhove-Kalergi, established as Foundation in 1978, is dedicated to ensuring the success of this unique project by means of publications, study projects and granting of awards.

***Alois Mock***

***Former Vice Chancellor and former Minister for Foreign Affairs***

***President of the European Society Coudenhove-Kalergi***

### **The Lisbon Treaty is more than just an "opportunity" for Europe**

***Herbert Vytiska, publisher and political consultant***

On the occasion of the first election to the European Parliament in 1979, when the European Community consisted of only nine states, the voter turnout was at a considerable 61.99 percent. Last year, in an EU that had grown to 27 member states, participation had shrunk to an anemic 43.39 percent. Austria was an honorable exception as, due to a campaign that extensively focused on preference votes, turnout had even risen in comparison to 2004. The European trend of sinking rates of voter turnouts that not only applies to voting for the European Parliament, but is also manifest in elections to various national legislatures and regional bodies, could be interpreted as a fatigue of sorts in the living democracy.

If the results from the most recent Eurobarometer survey are taken into account, another trend is visible. The EU's approval rating is continuously rising, yet at the same time, this very EU is not seen as a major force for peace, and even less as an ideological bastion in this world, but is mostly valued in a pragmatic manner. The existence of a single currency in many countries, namely the Euro, is admittedly very convenient, as is the freedom of travel and residence within the EU. Yet isn't there more to Europe than just that?

A disinterest regarding politics is evident in many areas of the public sphere. This certainly is related to the lack of grand visions and grand personalities, and the volatility of politics, creating the impression that governing is only determined by the newest polls and the general feeling of the populace.

Without a doubt the truism that democracy might not be the best system, but is without an alternative, applies. Or maybe Europe has gotten too much used to democracy? Is it not a prejudice that is creating the destructive mindset that "those up there" (i.e. governing



politicians) are making their decisions behind closed doors and against the wishes of the citizens?

Seventy-five percent of all laws impacting the lives of Europe's citizens are being passed in Brussels or Strasbourg. This is a major intervention in daily life that one has to be aware of. More than this though, it is, and well should be, an appeal to not just let this happen to oneself. In a functioning democracy the voter very much has the opportunity to either resist or support political developments by simply voting, thus approving or punishing certain political actions.

Developments in the fields of communications and information technologies have not only made the turns of events faster and more transparent, but have also opened up new ways of providing a broad basis for politics and offered new participatory modes of decision- and policymaking. None of which ultimately changes the need for transparent decision-making processes and authorities shouldering the responsibility of making final decisions.

It seems as if the Lisbon Treaty, which became effective on December 1<sup>st</sup> of 2009, has not yet really arrived in the citizen's minds. How much does the average EU citizen actually know about this treaty? It would be desirable that they know more about the opportunities and options this Lisbon Treaty affords them. It is actually a surge of democracy. For the Parliament gains an increased say in crafting legislation, and is even supposed to gain the option of calling a vote of no confidence against a Commissioner – and citizens can have a direct influence on EU politics through a new mode of submitting propositions. In short, the EU moves—at long last—closer to its citizens.

The Lisbon Treaty not only leads to a relationship of equals between Commission, Council, and Parliament in debating and decision-making. Because of it, a new Commission's approval hinges on the approval of the European Parliament. Accordingly the European Parliament expressed its newly gained strength in hearings in which the new Commissioners had to face hard questions from the EU Parliamentarians. Yet the debate was still overly determined by national and partisan points of view. Nevertheless, this is a beginning. The formation of a new self-understanding will continue and not just exclusively in the Parliament in Brussels and Strasbourg. The debate over the nomination of Commissioners will in the future begin on a broader basis, there will be more candidates competing, and hearings will be held right from the beginning in the respective national parliaments. It is evident that the hearing process on the European level alone has created more publicity and transparency, which has to be supplemented by national-level hearings in the future.

Yet this is only one step. A further step that will, and must, take place is to get citizens further involved in the opinion-making process. Not only will this strengthen the interest in concretely participating in political decisions and bringing one's ideas and expectations to the table in the short term—it also will open the gates for creating sustainable political interest. This might even result in higher rates of voter turnout and lead to a serious process of pondering the meaning of what Europe really does or should mean and be.

In this sense the nonpartisan “Bürgerforum Europa 2020” project founded in Austria by Othmar Karas, vice president of the EPP Group, is a project that should find interest and imitators beyond Austria's borders. For it is an offer to motivate and activate a willingness for dialogue and personal involvement in order to build the European home together, instead of just watching the others do the hard work in a Muppet-show like manner from above.

To imbue the Lisbon Treaty with life means to give new aims and meanings to the idea of Europe. And, to make the point one more time, to move the EU closer to its citizens.